



Redebeitrag STVV 07.10.2021 Top 17  
BW 57 Stubenwald II

Sehr geehrte Frau Vorsitzende, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, dass wir die geplante Ausdehnung des Gewerbegebietes Stubenwaldes für eine Katastrophe halten, haben wir an dieser Stelle bereits ausführlich dargelegt: Flächenfraß, Zersiedelung der Landschaft, Bedrohung wertvoller Ökosysteme und so weiter. Ähnlich sehen dass die Naturschutzverbände wie den Einwendungen zur Änderung des B-Plans und des Flächennutzungsplans zu entnehmen ist. Ähnlich sieht das auch die obere Naturschutzbehörde, deren ausführlich dargelegten Einwände folgendermaßen zusammengefasst werden:

“Gegen die 24. Änderung des Flächennutzungsplans bestehen von hier aus weiterhin erhebliche Bedenken. Eine Zustimmung zur Änderung des Flächennutzungsplans kann derzeit nicht in Aussicht gestellt werden...” Ob die Stellungnahmen der Verwaltung an dieser Sicht etwas ändern werden, bleibt abzuwarten, mich haben sie nicht überzeugt. Wir lehnen sowohl die Änderung des Flächennutzungsplans als auch den Bebauungsplan ab.

Begrüßenswert ist die Änderung des Flächennutzungsplans für Fehlheim und Zell, die Umwandlung von potenziellen Wohngebieten in Flächen für die Landwirtschaft ist richtig. Auch wenn wir genau betrachtet über ungelegte Eier reden. Derzeit gibt es keine konkreten Planungen in den beiden Stadtteilen weitere Baugebiete auszuweisen, wohingegen die aktuelle Planung im Stubenwald sehr konkret ist. Trotzdem werden wir dieser Vorlage zustimmen.

Kommen wir zur Kosmetik, dem Änderungsantrag der BfB: die Punkte mit der Lichttemperatur und den Zäunen sind unstrittig, wir werden natürlich zustimmen. Die Vergrößerung der PV – Anlage auf mindestens 50% der Dachflächen wird von der Koalition vehement abgelehnt. Nachvollziehbar ist das nicht, im Bauausschuss hieße es dazu lapidar “das Vorhaben ist unter Klimaschutzaspekten ausreichend bedacht”. Schlichter kann man nicht argumentieren. Und man soll nicht glauben, es handelt sich um eine Kleinigkeit. Mit 25% der Dachfläche kann man ca. 100 Einfamilienhäuser mit Strom versorgen, bei 50% sind es 200 Einfamilienhäuser.

Die Notwendigkeit, die Bebauung um 50m nach Westen zu verschieben, sehen wir nicht, wir werden diesen Punkt des Änderungsantrags deshalb ablehnen.

**Thomas Götz**  
Stadtverordneter